

Bildungspolitik muss sich neu orientieren

Zur: „Deutschland fehlen 150 000 Lehrkräfte“, FR-Politik vom 26. Januar

Tolle neue Konzepte ohne Konsequenzen

Bildung sollte doch so sein: Alle Kinder haben ein Recht auf von Fachleuten erteilten Unterricht nach Stundentafel und auf gleich gut ausgestatteten Schulen. Hinzu kommt das Recht, mit allen Problemen ernst genommen zu werden und gegebenenfalls Hilfen in der Schule zu erhalten.

Dies funktioniert mit den gegenwärtigen Strukturen schon in Normalzeiten nicht. Es gibt keine durchgehend schul- und realitätsbezogene Lehrerbildung, schon gar nicht in Kulturfächern (hat in NRW eigentlich Verfassungsrang!); Schulfinanzierung und -organisation funktionieren nach dem Sankt-Florians-Prinzip: Nimm's möglichst aus deinem (leeren) Kommunaltopf, nicht aus dem Landes- /Bundestopf. Es fehlen Arbeitsplätze mit IT-Ausstattung für Lehrer in Schulen. Sind Lehrerinnen krank, kommt kein Ersatz, es gibt nicht mal das Bemühen, ein Ersatzlehrersystem aufzubauen, wie es in anderen Ländern üblich ist. Die Ausstat-

tung aller Schulen mit Schulpsychologen, Sozialarbeitern, Verwaltungspersonal, IT-Support, etc., was in anderen Ländern üblich ist – Fehlanzeige. Es ließe sich endlos weiter auflisten.

Fazit: Solange Parteien Schulpolitik zur Profilierung nutzen und Bildung lediglich als Kostenfaktor und nicht als Zukunftsinvestition ansehen, werden die jeweiligen Bildungsminister tolle neue Konzepte erfinden, mit denen sie am Ende ihr Nichthandeln bemänteln. Nur hilft das leider den Schülern und Schülerinnen nicht weiter. Hier ist eine grundlegende Umorientierung erforderlich, aber leider nicht erkennbar. Nicht mal in ferner Zukunft. Matthias Steng, Paderborn

Harter Selektionsprozess im Mathestudium

In meinem Umfeld gibt es zwei junge Leute, die nach Mathe-Leistungskurs und Einser-Abitur Mathematiklehrer:in werden wollten und mit Begeisterung das Lehramtsstudium aufgenommen haben. Beide haben es mittlerweile abbrechen müssen,

weil sie eine einzige Klausur nicht bestanden haben. Beide bei Professoren, die dafür bekannt sind, regelmäßig im ersten Versuch 80 Prozent ihrer Studierenden durchfallen zu lassen und die auch im zweiten Versuch die Hälfte „aussortieren“. Die betreffenden Professoren würden nun wahrscheinlich behaupten, dass diese Studierenden nicht geeignet seien, Mathematik zu lehren. Man könnte es aber auch so sehen, dass Professoren, die 80 Prozent ihrer Studierenden das von ihnen geforderte Wissen nicht vermitteln können, nicht geeignet sind, Mathematik zu lehren!

Vermutlich gibt es solche „harte Knochen“ an allen Unis. Vielleicht sollte man auch mal die didaktischen Fähigkeiten der Lehrenden evaluieren, um die Studienabbrucherquote zu verringern. Denn diese beiden jungen Leute und viele andere, die das Pech hatten, an solche Professoren zu geraten, fehlen nun an den Schulen und müssen durch Seiteneinsteiger:innen ersetzt werden, die kein Lehramtsstudium absolviert haben. Elke Fußbahn, Friedberg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20220131

FR ERLEBEN

Claus-Jürgen Göpfert zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über club-voltaire.de/video
Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Pitt von Bebenburg spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungs-tagung zur Interkulturellen Woche 2022. Informationen und Anmeldung unter: interkulturellewoche.de/Tagung2022
Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr

Oliver Teutsch liest im Rahmen der Veranstaltung „Der lange Tag der Bücher“ aus seinem Roman „Die Akte Klambautermann“. Darin geht es um die turbulente Entstehung des Bestsellers „Jeder stirbt für sich allein“ von Hans Fallada. Die Lesung moderiert der Verleger Axel Dielmann. Kostenlose Tickets gibt es bei adticket.de.
Sonntag, 20. Februar, 16 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Rechtsstaat, wo bist du?

Flüchtende: „Die EU leistet Beihilfe zum Rechtsbruch“, FR-Titel vom 29.1.

Es gibt Menschen, die morden, vergewaltigen, Kriege anzetteln, foltern. In Unrechtsstaaten wie Syrien und Libyen können sie sich austoben. In einem Rechtsstaat würde man versuchen, ihr Habhaft zu werden, die Gesellschaft vor ihnen zu schützen.

Wie aber ist ein Staat oder eine Staatengemeinschaft zu nennen, die nicht selbst Hand anlegt an die Opfer, nicht foltern und töten lässt, aber zuschaut, wo stattdessen Abhilfe leisten, Mord, Folter und Vergewaltigung verhindern könnte? Ist jemand, der anderen beim Ertrinken zuschaut, moralisch höherstehend als jene Verbrecher, die diese Menschen aufs Meer jagen? Wie verbrecherisch gewalttätig ist jemand, der verhindert, dass Menschen andere vor dem Ertrinken, Verdurstenden, Verhungern, Erfrieren retten? Mir selbst ist es bei meinem zweiten Einsatz für die Sea-Watch 3 passiert, dass unser Schiff nicht auslaufen durfte und wir wochenlang im Hafen von Catania festsäßen, während draußen auf dem Mittelmeer möglicherweise Schiffbrüchige ertranken, die von uns hätten gerettet werden können.

Wer ist dafür verantwortlich? Wer verfolgt diese Verbrecher? Wer urteilt sie ab? Rechtsstaat, wo bist du? Politiker, wie handelst du? Wähler, wen wählst du? Ralf-Michael Lübbers, Marienhafen

Mehr Debatte wagen

Zur: „Mehr Grün wagen“, FR-Meinung vom 28. Januar

Dem Kommentar von Stephan Hebel stimme ich in jeder Beziehung zu. Die Grünen sollten in der Regierung mehr wagen: Mehr Klimapolitik, mehr Sozialpolitik, mehr Bereitschaft, mit den Koalitionspartnern Konflikte einzugehen! Und bevor von innerparteilichen Flügelkämpfen und Zerstrittenheit die Rede ist, sollte eine Streitkultur gefördert und akzeptiert sein, denn erst in der Debatte schärfen sich differenzierend sachliche Argumente. Robert Maxeiner, Frankfurt

Wir haben Parlamente!

Bürgerräte: „2022 als Jahr einer Re-Demokratisierung“, FR-Feuilleton v 26.1.

Bürgerräte, was soll das? Wir haben von den Bürgern gewählte Parlamente, die aber ihren Aufgaben gerecht werden müssen. Vielleicht sollte man erstmal dem Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheides ein Mitspracherecht geben. Nicht noch mehr Bürokratie, die dem Steuerzahler zur Last geht!
Hans-Joachim Gebhardt, Frankfurt

Putin unterm Elektronenmikroskop

Erwiderung auf „In einer Sphäre gegenseitigen Misstrauens“, FR-Forum vom 27. Januar

Es fällt manchmal schwer, mit den Ansichten des Leserbriefschreibers K. P. Mertens übereinzustimmen. Aber sein Leserbrief aus Anlass der Entlassung des Vizeadmirals Schönbach wegen dessen Äußerungen zur Krim trifft den Kern der Sache. Ich möchte Folgendes ergänzen: Zu Recht gehörte die Krim bis 1954 zur damaligen Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik. Denn rund 77 Prozent der Bevölkerung der Krim ist russisch-sprachig, lediglich zehn Prozent ukrainisch-sprachig (bei elf Prozent Krimtataren). Doch damals hat der Generalsekretär der KPdSU, Chruschtschow, der aus dem Gebiet der Ukraine stammte, die Krim seiner Hei-

matrepublik „geschenkt“. Einfach so! Völlig willkürlich!

Das war damals nicht ganz so problematisch, weil Russisch alleinige Amtssprache der gesamten Sowjetunion war. Doch als die Sowjetunion zerfiel, befand sich die Bevölkerung der Krim plötzlich in einem fremdsprachigen Land. Kann man da verstehen, dass sie „heim ins Reich“ wollte? Immerhin hat nach der Annektion durch Russland eine Volksabstimmung stattgefunden. Mag diese auch nicht unseren Vorstellungen entsprechen haben, so war doch die Mehrheit überwältigend genug. Eine vergleichbare Situation ergibt sich auch in Bezug auf die östlichen Gebiete der Ukraine

mit seiner überwiegend russisch-sprachigen Bevölkerung.

Um diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen, muss man kein Russland- und Putin-Freund sein. Ob Herr Schröder immer noch der Meinung ist, der sowjetrussische Diktator Putin sei ein „lupenreiner Demokrat“? Um eine solche Meinung aufrechtzuerhalten, muss man wohl ein Elektronenmikroskop benutzen.

Was das Ganze für die Ukraine so schmerzlich macht, ist – was in der Diskussion völlig übersehen wird – der Verlust des größeren Teiles ihres Hoheitsgebiets im Schwarzen Meer.

Wolfram Siegel, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/heusgen

Die Grundrechte sind in Gefahr

Erwiderung auf „Einhalt dem rechten Mob!“, FR-Forum vom 28. Januar

Bei Ihrem Leserbrief, Carmen Horstmann, packt mich der heilige Zorn! Ich glaube nicht, dass Sie unser Grundgesetz richtig verstanden haben. Sie schreiben vom „Ausnutzen unseres Demokratieverständnisses mit allen negativen Auswirkungen“ und beziehen sich dabei auf die Versammlungsfreiheit nach Art.8 GG, eines der höchsten Güter unserer Demokratie. Vielleicht haben Sie noch nicht gemerkt, dass Bundes- und Landesregierungen aus Gründen des Gesundheitsschutzes mit exekutiven Verordnungen elementare Grundrechte der Bevölkerung so massiv eingeschränkt haben wie noch nie. Betroffen sind: allgemeines Persönlichkeitsrecht,

Recht auf Freizügigkeit, auf Bewegungs- und Handlungsfreiheit, auf Bildung, auf Versammlungs-, Meinungs-, Kunst- und Religionsfreiheit, Schutz von Ehe, Familie und Kindern, Freiheit der Berufsausübung, Gewerbe- und Reisefreiheit. Und jetzt soll auch noch das Recht auf körperliche Unversehrtheit (Impfpflicht) verwirkt sein?

Der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier kritisierte massive rechtsstaatliche Defizite bei der Pandemiebekämpfung. Er sagte der „Welt“ in einem Interview: „Die Menschen dieses Landes sind freie Bürger. Sie sind keine Untertanen.“ Heribert Prantl, ehemaliger Staatsanwalt, Richter

und Mitglied der Chefredaktion der SZ, schrieb, dass man auch in Zeiten großer Gefahren und Angst nicht nur entschlossen gegen das Virus kämpfen müsse, sondern auch gegen die verhängnisvolle Stimmung, die den demokratischen Rechtsstaat bedenkenlos zur Disposition stelle.

Die Menschen, die Sie als „rechten Mob“ bezeichnen, es waren immerhin vergangene Woche rund 370 000, die die Grundrechte gefährdet sehen, eine Impfpflicht ablehnen und Frieden, Freiheit, Demokratie rufen, ähneln für mich eher Vorbildern wie Hans-Jürgen Papier und Heribert Prantl als Coronaleugnern, Antisemiten und Neonazis.
Matthias Wooge, Neu-Isenburg